

Ressort: Politik

FDP und Grüne kritisieren Verzögerung bei Musterfeststellungsklage

Berlin, 24.04.2018, 13:25 Uhr

GDN - Mit scharfer Kritik haben FDP und Grüne darauf reagiert, dass sich die Gesetzespläne für neue Verbraucher-Klagerechte weiter verzögern. "Das Gemurkse der GroKo geht weiter", sagte die verbraucherpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Katharina Kloke, dem "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe).

"Am Ende könnten Verbraucher und Unternehmen teuer dafür bezahlen." Die Verbraucher-Expertin der Grünen, Tabea Rößner, erinnerte daran, dass die Große Koalition das Inkrafttreten der Musterfeststellungsklage zum 1. November versprochen habe, damit es bei dem massenhaften Betrug von Verbrauchern beim VW-Dieselskandal nicht zu einer Verjährung komme. "Die letzte Bundesregierung hat es schon versäumt, dafür die Weichen zu stellen", sagte Rößner der Zeitung. "Daher muss jetzt Dampf gemacht werden, damit das Gesetz ordentlich beraten werden kann." Die Kabinettsbefassung mit dem Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums war zuvor auf Anfang Mai verschoben worden, weil es noch weiteren Beratungsbedarf bei "kleineren Punkten", wie etwa der Klagebefugnis, gebe, schreibt das "Handelsblatt" unter Berufung auf Regierungskreise. Ursprünglich sollte das Vorhaben noch im April im Kabinett beschlossen werden. Zuletzt war ein Kabinettsbeschluss an diesem Mittwoch geplant gewesen. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Renate Künast warf der Union eine Blockadehaltung vor. "Das Taktieren zu Gunsten der Wirtschaft und zu Lasten der Verbraucher zeigt klar, wem die Union den höchsten Wert beimisst", sagte Künast dem "Handelsblatt". Dem widerspreche, dass mittlerweile diverse Minister und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) selbst sagten, dass die Deseleigentümer nicht die Last tragen dürften. "Dann müssen Merkels wohlklingenden Worten nun endlich Taten folgen." Künast warnte Merkel zugleich davor, die Musterfeststellungsklage "gegen andere Themen zu verdealen und einen Beschluss hinauszuzögern". Die Betroffenen brauchten nun "zeitnah Klarheit und das Parlament ein ordentliches Verfahren". Die FDP-Politikerin Kloke kritisierte, dass die Regierung den Entwurf nicht in seiner bestehenden Form in den Bundestag eingebracht habe, damit dort die "kleinen Punkte" geklärt würden. "Das wäre angesichts des selbstaufgelegten engen Zeitkorsetts sinnvoll", sagte sie. Denn es gehe um eine "entscheidende Weichenstellung des Gesetzes", nämlich ob in erster Linie der Verbraucherrechtsschutz gegenüber unehrlichen Unternehmen verbessert werde oder die Regierung ein Einfallstor für eine Klägerindustrie schaffe. "Handwerkliche Sauberkeit im Gesetzgebungsverfahren muss jetzt vor unausgegorenen Formelkompromissen gehen, die am Ende Verbrauchern und Unternehmen auf die Füße fallen", sagte Kloke.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-105175/fdp-und-gruene-kritisieren-verzoegerung-bei-musterfeststellungsklage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com